



Richard Stöss

Rechtsextremismus

Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven

*Vortrag im Institut für Politikwissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena*

7. Februar 2001

FPJ-Nr. 10/2001

Institut für Politikwissenschaft

D – 07740 Jena Tel.: 03641/945400
Ernst-Abbe-Platz 8 Fax: 03641/945402

FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Richard Stöss

Rechtsextremismus

Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven

Vortrag im Institut für Politikwissenschaft
der Friedrich-Schiller-Universität Jena

7. Februar 2001

FPJ-Nr. 10/2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Richard Stöss:

Rechtsextremismus. Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven. Vortrag im Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, gehalten am 7. Februar 2001

Jena: Universitätsdruckerei, 2001

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 10

ISBN 3-9805570-9-X

FORUM POLITICUM JENENSE

Beitrag Nr. 10

Herausgeber:

Institut für Politikwissenschaft,
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Ernst-Abbe-Platz 8

07740 Jena

Tel.: 03641/945400

Fax: 03641/945402

Copyright: 2001 by Institut für Politikwissenschaft, Jena

Bezug über Herausgeber gegen Herstellungskosten + Versand

ISBN 3-9805570-9-X

A. Begriffe

Im amtlichen Sprachgebrauch werden Bestrebungen als extremistisch bezeichnet, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes, gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben. Extremismus von rechts wurzelt nach allgemeiner Auffassung in nationalistischem und rassistischem Gedankengut und propagiert die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht handelt es sich beim Rechtsextremismus um Einstellungen, Verhaltensweisen, Strukturen und Institutionen, deren oberste Richtschnur die Stärkung der staatlichen Ordnung und ihr Schutz vor inneren und äußeren Feinden darstellt. Übersteigerter Nationalismus und eine feindselige Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern gehen Hand in Hand mit inneren Formierungs- und Gleichschaltungsabsichten. Rechtsextremismus lehnt die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Sein gesellschaftliches Leitbild ist die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende Volksgemeinschaft, in der Volk und Staat zum Reich verschmelzen, das durch eine starke, populäre Persönlichkeit (Führer) verkörpert wird. Die freiwillige Einordnung der Menschen in die Volksgemeinschaft und ihre Unterwerfung unter die Herrschaft des Staates entspricht der Neigung, die eigene Volksgruppe herauszuheben, andere Volksgruppen auszugrenzen, abzuwerten oder sogar zu beherrschen.

Rechtsextreme Einstellungen sind in der Regel dem Verhalten vorgelagert. Sie bilden ein Muster, das sich wenigstens aus folgenden Bestandteilen zusammensetzt: Autoritarismus, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Pronazismus (Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus). Wenn sich diese fünf Elemente im Bewusstsein einer Person stark konzentrieren, spricht man auch von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Nicht alle Rechtsextremisten sind jedoch durch ein stringentes Weltbild geprägt.

Rechtsextreme Einstellungen (auch: latenter Rechtsextremismus) können sich unter bestimmten Umständen in spezifischen Verhaltensweisen manifestieren (manifeste Rechtsextremismus). Legale Praktiken sind die Wahl einer rechtsextremen Partei, die Mitarbeit oder Mitgliedschaft in einer (nicht verbotenen) rechtsextremen Organisation etc. Davon sind illegale

Verhaltensweisen, wie Gewalt oder Terror, zu unterscheiden. Rechtsextreme Aktivitäten sind nicht notwendigerweise politisch zielgerichtet, einem Programm oder einem Organisationszweck verpflichtet. Sie können auch spontan als Protestverhalten erfolgen, um Aggressionen auszuleben oder um die Umwelt zu provozieren. Dass Rechtsextremismus nicht nur aus organisiertem und zielgerichtetem Verhalten besteht, sondern sich auch als bewegungsförmiger oder subkultureller Protest äußert, zeigt sich zum Beispiel in den neuen Bundesländern. Daher ist es angezeigt, beim manifesten Rechtsextremismus auch zwischen individuellem und kollektivem Verhalten zu unterscheiden und letzteres wiederum nach seinem Institutionalisierungsgrad zu beurteilen.

B. Ursachen

Eine allgemeine Theorie des Rechtsextremismus besteht nicht. Es liegen jedoch einige Konzepte bzw. Thesen zur Erklärung von einzelnen bzw. mehreren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus vor.

1. Der „autoritäre Charakter“

Als individuelle (psychologische) Voraussetzungen für die Ausprägung von rechtsextremen Dispositionen gelten autoritäre, vorurteilsbehaftete Charakterstrukturen. Diese gehen zurück auf Defizite und Fehlentwicklungen in der frühkindlichen Sozialisation, woraus sich folgende Persönlichkeitsmerkmale ergeben können:

- mangelndes Selbstbewusstsein und Unsicherheit;
- extreme Gehorsamsbereitschaft, Identifizierung mit Macht und Stärke;
- starkes Bedürfnis nach Vor- und Feindbildern, nach Anführern, Ein- und Unterordnung, Gemeinschaft und Geborgenheit;
- Orientierung an Hierarchien;
- Schwarz-Weiss-Denken;
- Hass auf alles Schwache und Fremde;
- Konventionalismus, Konformismus, Dogmatismus, Rigidität und Starrheit.

2. Unzufriedenheit

Der „autoritäre Charakter“ gilt im Allgemeinen als notwendige, nicht aber als hinreichende Voraussetzung für rechtsextreme Bestrebungen. Diese Prädisposition wird erst durch spezielle gesellschaftliche Rahmenbedingungen verhaltensrelevant. Hier ist zunächst das Unzufriedenheitstheorem zu nennen. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit ist zumeist die Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen und strukturellen) Krisen, von umbruchartigem gesellschaftlich-politischem Wandel, von Systemwechseln oder von tiefgreifenden Modernisierungsprozessen. Daher gilt Rechtsextremismus auch als normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften.

Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung, Ausgrenzung. Sie stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung. Nur einem „starken“ politischen Führer, der das Land mit „eiserner Hand“ regiert, traut man die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu.

Unzufriedenheit kann sich in diesem Zusammenhang auch auf Missstände in den allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen beziehen. Hier geht es vor allem um Wohnverhältnisse, nachbarschaftliche Beziehungen, soziale Kontakte und soziale Versorgung, kulturelle Infrastrukturen und Freizeitangebote. Untersuchungen zum jugendlichen Rechtsextremismus zeigen, dass die unwirtlichen Betonwüsten der Großstädte, bienenwabentartige Wohnanlagen oder vernachlässigte Stadtviertel zu sozialer Isolierung und kultureller Verarmung beitragen, die Jugend zu Alkoholismus und Drogenkonsum verführen und sie anfällig machen für Spielhöllen, Automatensalons, faschistoide Hinterhofbanden, Rockergruppen oder Fußballfanklubs, wo sie ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Auf der Suche nach derartigen Zufluchten befinden sich gerade solche Jugendliche, die autoritär veranlagt sind, unter schwierigen Familienverhältnissen leiden und keine Bezugspersonen haben, die ihnen Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer Probleme geben.

3. Relative Deprivation

Rechtsextremismus begünstigende Unzufriedenheit beruht in der Regel nicht auf absoluter Deprivation (Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Armut usw.), sondern auf relativer Deprivation. Damit sind Ungleichgewichte oder Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen. Heute bewirkt insbesondere der Strukturwandel der Industriegesellschaft Disproportionalitäten zwischen eher traditionellen und eher zukunftssträchtigen Sektoren der Wirtschaft, zwischen eher „modernen“ und eher „traditionellen“ Berufen oder Tätigkeiten. Durch den Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors sind spezifische Berufsgruppen (z.B. Bauern, Landarbeiter, Facharbeiter im Montanbereich, ungelernete Arbeiter) von sozialem Abstieg und Qualifikationsentwertung bedroht und leiden unter schlechten Zukunftsaussichten, während die Wachstumsbranchen des sekundären und tertiären Sektors ihren Stammebelegschaften zumeist langfristig sichere Arbeitsplätze und hohe berufliche Qualifizierung bieten können.

Hieraus resultiert der Widerspruch zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern, der seit den achtziger Jahren in den postindustriellen Gesellschaften Europas als wesentliche Ursache für den Aufstieg des „neuen“ Rechtsextremismus gilt. Die ökonomischen und politischen Globalisierungstendenzen schüren Unzufriedenheit und Ängste bei den vermeintlichen oder tatsächlichen Opfern dieser Entwicklung, die dann zu Gegnern der Modernisierungsprozesse werden. Vergleichbare Vorgänge beobachten wir in Transformationsgesellschaften, z.B. in den neuen Bundesländern, wo sich relative Deprivation bei „Einheitsverlierern“ bemerkbar machen kann.

4. (Drohender) Privilegienverlust als Ursache für Rechtsextremismus

Die Modernisierungsverlierer-These wurde zu einem Erklärungsansatz erweitert, in dessen Zentrum der (drohende) Verlust von Privilegien (ehemals) bevorzugter oder wenigstens doch gut gestellter gesellschaftlicher Gruppen infolge des sozialen Wandels oder von Transformationsvorgängen steht. Bei derartigen Gruppen handelt es sich nicht nur um die klassische Industriearbeiterschaft, sondern auch um Berufe, die sich durch die Globalisierung der Märkte oder die Entwertung der Nationalstaaten bedroht fühlen oder auch um durch Systemwechsel entmachtete Eliten.

Potenziell betroffen sind alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, das mögliche Spektrum der Betroffenen reicht von Bauarbeitern bis zu Winzern.

Die These vom möglichen Privilegienverlust als Ursache für Rechtsextremismus erhält angesichts der zunehmenden Migrationsströme einen zusätzlichen Akzent: Die „Einheimischen“ fühlen sich durch Zuwanderer bedroht, weil sie nicht bereit sind, mit ihnen die Früchte „ihres“ Wohlstands zu teilen („Wohlstandschauvinismus“).

5. Die Individualisierungsthese

Im Kontext des sozialen Wandels moderner Industriegesellschaften wird der (vor allem jugendliche) Rechtsextremismus auch mit den damit verbundenen Individualisierungstendenzen erklärt: Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, seien die Menschen heute auf sich selbst zurückgeworfen. Sie müssten allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden und folglich höheren Belastungen bei der Ausbildung autonomer Handlungsfähigkeit standhalten. Individualisierung mindere die Resistenz gegen rechtsextreme Erscheinungsformen und Orientierungen, und das Fehlen sozialer Beziehungen könne dazu führen, dass sich gerade durch Ohnmachts- und Vereinzelterfahrungen geprägte Jugendliche auf die Suche nach kollektiven Ersatzidentitäten begeben, bei denen sie Stärke, Schutz oder Geborgenheit vermuten.

6. Die Flexibilisierungsthese

Der Individualisierungsthese in der Jugendsoziologie entspricht in etwa die Flexibilisierungsthese in der Wahlsoziologie: Mit der Entwicklung der Bundesrepublik von einer industriellen zu einer postindustriellen (Dienstleistungs-)Gesellschaft verlören die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die daraus gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen bzw. Gruppen und Parteien lösten sich auf. Infolge der sozialen Differenzierung hätten sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und ideologisch-programmatisch einander angeglichen, rivalisierten auf dem Wählermarkt um die besonders flexible Mitte und vernachlässigten ihre Kernwählerschaften. So habe sich ein erhebliches Potential von ungebun-

denen, unzufriedenen und stimmungsabhängigen Personen entwickelt, das besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neigt.

7. Politische Unzufriedenheit

Ökonomische und soziale Problemlagen, die die Ausbreitung von Rechtsextremismus begünstigen, können durch politisches Handeln entweder abgefedert oder noch verschärft werden. Es kommt nämlich entscheidend darauf an, in welchem Umfang das politische System imstande ist, die notwendigen Steuerungs-, Legitimations- und Integrationsleistungen zu erbringen, damit sich autoritäre Charaktere nicht mit Unzufriedenheit paaren und zu Rechtsextremismus verdichten.

Gerade in Gesellschaften ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, dass einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, dass vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. Wenn es beispielsweise nicht oder nur unzureichend gelingt, die materiellen Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten angemessen zu befriedigen, identifikationsfähige Wertorientierungen und Politikziele zu vermitteln, Öffentlichkeit und demokratische Partizipation zu gewährleisten und für eine funktionale Performanz der Institutionen zu sorgen, dann vermindert sich die Zustimmung zum demokratischen System insgesamt, verlieren die intermediären Organisationen an Akzeptanz und Integrationskraft, kommt es zu Bindungsverlusten gerade bei Parteien und Verbänden und dann gewinnen politische Kräfte an Bedeutung, die sich gegen das demokratische System richten.

C. Ziele

Wenn von Zielen des Rechtsextremismus die Rede ist, dann gilt das weniger für Protestverhalten sondern in erster Linie für organisiertes zielgerichtetes Verhalten. Mit Protest und Provokation verbinden sich zumeist keine konkreten politischen Ziele. Der hoch institutionalisierte Rechtsextremismus ist allerdings oft bestrebt, protestförmige Subkulturen in seine

politischen Strategien zu integrieren. Dass daraus erhebliche Konflikte erwachsen können, ist gegenwärtig bei der NPD zu beobachten.

Das langfristige Ziel des Rechtsextremismus besteht darin, die staatliche Ordnung in einen völkischen Nationalismus zu transformieren, mithin einen Systemwechsel herbeizuführen. Nationalismus zielt hierzulande auf die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in seinen „historischen Grenzen“. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 wird nur als erster Schritt in diese Richtung bezeichnet, dem weitere Schritte folgen müssen: die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete und gegebenenfalls auch die Eingliederung der „Ostmark“ (Österreich) einschließlich Südtirol. Nationalismus erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns, dem sich alle anderen Werte und Ziele unterzuordnen haben. Nationalismus ist mit imperialistischem Großmachtstreben oder zumindest mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten oder Völkern verknüpft. Äußere Bedrohung zu beschwören, dient neben expansionistischen oder revisionistischen Zielen auch dazu, innere Formierungs- und Gleichschaltungsabsichten zu rechtfertigen. Die innere Ordnung des Nationalismus ist autoritär-hierarchisch strukturiert und zumeist auf eine starke Persönlichkeit, einen Führer, ausgerichtet.

Charakteristisch für den Rechtsextremismus ist aber nicht nur die Forderung nach einem im Inneren und nach außen autoritären und gegenüber seinen Feinden bzw. Gegnern unnachgiebigen Nationalstaat, sondern zugleich – sozusagen als Kehrseite der Medaille – die völkische Fundierung dieses Nationalstaats. Die angeblich der natürlichen Ordnung entsprechende Volksgemeinschaft zielt auf die Stärkung des Deutschtums und auf die Bekämpfung aller undeutschen bzw. antideutschen Umtriebe. Das Volk soll geschlossen hinter seiner Führung stehen und deren Machtpolitik unterstützen. Fremde Völker werden – erst recht im eigenen Land – als Bedrohung angesehen, weil sie das Land ‚überfremden‘, das Deutschtum schwächen, womöglich sogar auslöschen. Der klassische Rassismus wird dabei mehr und mehr durch die Ideologie des Ethnopluralismus ersetzt: Rassen und Völker werden zwar nach wie vor als verschieden angesehen, aber nicht mehr gegeneinander gewertet: Jedes Volk (Ethnie) verfüge über besondere Qualitäten und über ein eigenes Existenzrecht, das erhalten bzw. gestärkt werden müsse. Die Bewahrung der Vielfalt der Völker sei das Gebot der Stunde, Völkervermischung bedeute den Tod jedes einzelnen Volks. ‚Universalismus‘, ‚Egalitarismus‘ und Globalisierung gelten als Zerstörung der Völkervielfalt. Daher setzt der Ethnopluralismus

der Gleichheitslehre das „Grundrecht auf Verschiedenheit“ (Krebs) entgegen.

Das Wesen der rechtsextremen Propaganda besteht darin, Ängste zu schüren, Untergangs- oder Endzeitstimmungen zu erzeugen. Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen werden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt, indem beispielsweise der Eindruck vermittelt wird, man sei im Inneren und von außen von Feinden umringt. Selbstverständlich kann der Rechtsextremismus Bedrohungen und Gefahren nicht frei erfinden, er bedarf zu seiner Entfaltung einer anfälligen bzw. aufgeschlossenen sozialen Basis. Er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der Ruf nach einer autoritären, volksgemeinschaftlichen Lösung des Problems immer lauter wird und damit die Chancen für eine Machtübernahme steigen.

Die Notwendigkeit eines Systemwechsels, der eigene Machtanspruch also, wird mit existenzgefährdenden äußeren oder inneren Bedrohungen gerechtfertigt, die propagandistisch überdramatisiert werden, damit sich in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem mächtigen Staat und einem omnipotenten Führer ausbreitet. Der Rechtsextremismus bestreitet die Legitimation des bestehenden Systems. Er zielt auf seine „Delegitimation“ (Pfahl-Traugher), indem er seine Werte, Verfassung, Strukturen, Institutionen und Führungsgruppen systematisch abwertet. Rechtsextremismus bedeutet den „totalen Angriff gegen Staat und Gesellschaft“ (Schwagerl) unabhängig davon, ob er sich systemkonformer oder systemwidriger Methoden bedient.

Um einen Systemwechsel herbeizuführen, bedarf der Rechtsextremismus einer hinreichenden Massenbasis, die durch politische Kampagnen (z.B. ‚Revisionismus‘- und ‚Überfremdungs‘-Kampagne) und durch Bündnis- bzw. Sammlungspolitik mobilisiert werden soll. Als bevorzugte Adressaten des organisierten Rechtsextremismus gelten das ihm ideologisch nahe-stehende konservative Lager, die durch den sozialen und technologischen Wandel und die Globalisierung verunsicherten, benachteiligten oder gar geschädigten sozialen Gruppen (‚Modernisierungsverlierer‘) sowie – insbesondere in Ostdeutschland – die rechtsextremen Subkulturen und Milieus, die in ein latent rechtsextremes Umfeld eingebunden sind.

D. Entwicklung seit 1990

1. Subkultureller Protest in Ostdeutschland

Das Fundament des ostdeutschen Rechtsextremismus wurde in der DDR gelegt. Der Staatssozialismus beförderte die Entstehung autoritärer, nationalistischer und fremdenfeindlicher Orientierungen und war zugleich blind gegenüber rechtsextremen Ereignissen im eigenen Land. Als vermeintlich von Geburt an antifaschistischer Staat geißelte die DDR den Neofaschismus in Westdeutschland als genuinen Bestandteil des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, übersah dabei allerdings, dass sich im Zuge des sozialen Wandels und mit wachsenden Legitimationsdefiziten der SED-Herrschaft auch in ihrem „antifaschistischen Deutschland“ rechtsgerichtete Protestbewegungen entwickelten und zu subkulturellen Milieus verdichteten. Da öffentlicher Protest in einem Polizeistaat große Risikobereitschaft voraussetzt, zeichneten sich die Fußballfans und Skinheads in der DDR durch enorme Gewalttätigkeit und Brutalität aus.

Mit dem Fall der Mauer schwoll der Jugendprotest an und die Milieus breiteten sich weiter aus. Der Zusammenbruch der alten Ordnung bedeutete schließlich eine starke psychische Belastung für die Ostdeutschen. Er wurde oft als Verlust von Sicherheit und Geborgenheit, als Entwertung von Qualifikationen und Lebensleistungen, als Identitätskrise erfahren. Die ökonomisch-sozialen Folgen des Systemwechsels, der Niedergang der DDR-Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die enttäuschten Hoffnungen auf eine rasche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen potenzierten den Druck auf die Menschen. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, nach Stabilität und Berechenbarkeit, nach Fürsorge und sozialer Gerechtigkeit breitete sich aus und verstärkte autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen.

Bei der Suche nach Sündenböcken für dieses Desaster wurden rasch die Fremden im eigenen Land ausgemacht, die Ausländer und die Westdeutschen. Von letzteren fühlt man sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt, zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Sozial Schwache (Ausländer, Behinderte, Obdachlose) eignen sich nicht nur als Feindbild, sondern auch besonders gut dazu, Frustrationen abzureagieren. Insbesondere bei jungen Leuten steigerte sich die Unzufriedenheit bis hin zu aggressivem Hass und teilweise sogar bis zu roher Gewalt.

So erhielten die bestehenden Subkulturen seit 1990 massenhaften Zulauf. In Ostdeutschland entstand ein Flickenteppich aus Szenen, Gruppen und Cliquen. Zwischen 1991 und 1994 erlebte die Bundesrepublik insgesamt ein Anschwellen der rassistischen Gewalt in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß, wobei die Hälfte der Gewalttaten in Ostdeutschland verübt wurde. Nicht selten fanden die teilweise pogromartigen Aktionen gegen Ausländer und Asylbewerber den Beifall von Anwohnern oder Passanten. Die rassistische Gewalt ging und geht also keineswegs allein auf das Konto isolierter Randgruppen. Ignoranz, Intoleranz und die Unfähigkeit zu angemessenen Reaktionen sind in der Bevölkerung und bei Politikern, Lehrern, Sozialarbeitern und Journalisten offenbar ziemlich verbreitet. In bestimmten Regionen Ostdeutschlands besteht eine erhebliche Neigung, „befreite Zonen“ hinzunehmen. Jedenfalls sind die gewaltbereiten Subkulturen in ein latent rechtsextremes Umfeld eingelagert.

Die weithin von Skinheads und deren Sympathisanten geprägten Subkulturen sind allerdings nicht fest strukturiert. Sie bestehen zumeist aus labilen Gruppen mit großer Fluktuation. Ihre Mitglieder verfügen nur ausnahmsweise über ein festgefügtes rechtsextremes Weltbild. Sie sind selten politisch interessiert und neigen kaum zu verbindlicher Mitarbeit in Organisationen oder Parteien. Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden. Er ist überwiegend subkulturell und bewegungsförmig orientiert. Dadurch unterscheidet er sich vom Rechtsextremismus im Westen, der traditionell auf Organisation setzt. Rechtsextreme Skinheads, Hooligans und Gewalttäter gibt es auch im Westen, aber sie prägen das rechtsextreme Lager nicht.

2. Organisation als prägendes Merkmal in Westdeutschland

Kennzeichen des Rechtsextremismus in Westdeutschland ist Organisation, genauer: Organisationsvielfalt. Die Liste der Parteien, Jugendorganisationen, politischen, sozialen und kulturellen Verbände und sonstigen Institutionen (Presse, Verlage, regelmäßig stattfindende Kongresse etc.) ist ellenlang. Die Vielfalt beruht in erster Linie auf unterschiedlichen ideologischen und politischen Sichtweisen, womit eine weitere Besonderheit des westdeutschen Rechtsextremismus benannt ist: andauernde Geschichts-, Theorie- und Strategiedebatten, die elitär und verbissen in einer Vielzahl von Zeitungen, Zeitschriften, Zirkularen, Broschüren, Büchern und seit einiger Zeit auch im Internet geführt werden. Dabei herrscht auch heu-

te noch eine außergewöhnliche Fixierung auf die deutsche Geschichte vor, was diesen Debatten einen gespensterhaften, unzeitgemäßen Charakter verleiht.

1989/90 trafen beide Spielarten des Rechtsextremismus, der organisierte und der subkulturelle, aufeinander – nicht im Westen, sondern im Osten. Der westdeutsche Rechtsextremismus befand sich damals in einer prekären Situation. Nach einer langen Periode der Erfolglosigkeit, die Anfang der siebziger Jahre eingesetzt hatte, deutete sich Mitte der achtziger Jahre zunächst ein neuer Aufwärtstrend an.

Die langjährige Flaute (1972-85) folgte einer kurzen, aber heftigen Boomphase von 1966 bis 1969. Mit der Gründung der NPD (1964) war es erstmalig in Westdeutschland gelungen, den zersplitterten Rechtsextremismus – bis auf wenige Ausnahmen – in einer einzigen Partei zusammenzuführen. Sie vereinigte den alten Nationalismus, also sowohl neonazistische Traditionen, die sich am Nationalsozialismus orientierten, als auch deutschnationale Traditionen, die am Weimarer Konservatismus anknüpften. Nur der winzige neue Nationalismus, der den Rückgriff auf den historischen Rechtsextremismus ablehnte und einen modernen Nationalismus forderte, der den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit entspricht, blieb außen vor. Die NPD zog innerhalb kurzer Zeit in sieben Landesparlamente ein und verfehlte bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.

Danach zerfiel die Partei. Es bildeten sich drei Spaltprodukte heraus: Erstens neonazistische Gruppierungen, die sich illegaler Methoden im Kampf gegen den Staat bedienten und bald auch zu terroristischen Mitteln griffen. Zweitens eine nationalrevolutionäre, dem neuen Nationalismus verpflichtete Strömung von zumeist jungen Intellektuellen, die mit ihren sozialen und ökologischen Zielen Anschluss an die neuen sozialen Bewegungen suchten. Und drittens verselbständigten sich jene nationalkonservativen Kräfte, die eine Kooperation mit den rechten Flügeln der Unionsparteien und der FDP im Kampf gegen die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt anstrebten; so entstand 1971 die DVU. Die NPD existierte als Splitterpartei fort.

Der Mitte der Achtziger Jahre einsetzende Aufwärtstrend begünstigte letztlich nicht die DVU und erst recht nicht die NPD, sondern eine neue Partei: die 1983 mit großem Medienecho entstandenen Republikaner. Ihre Gründung ging auf die Unzufriedenheit rechter Kreise mit der Politik der

CDU/CSU zurück, die 1982 in Bonn (mit Hilfe der FDP) wieder an die Macht gelangt war. Diese Kreise bemängelten, dass die versprochene „geistig-moralische Wende“ ausgeblieben sei und befürworteten eine konsequent rechtskonservative Partei, die den enttäuschten Unionsanhängern als Auffangbecken und Sprachrohr dienen sollte. Der organisatorische Aufbau der Republikaner wurde allerdings von Anfang an durch personelle, programmatische und strategische Auseinandersetzungen behindert. Im Kern ging es um den klassischen Konflikt zwischen eher rechtskonservativen, auf den rechten Flügel der Unionsanhängerschaft fixierten Funktionären und Verfechtern einer Sammlung bzw. Vereinigung aller rechtsextremen Kräfte. Letztere gewannen unter Schönhuber zwar die Oberhand, die Rechtskonservativen blieben dennoch eine starke Minderheit innerhalb der Partei.

DVU und NPD sahen sich angesichts der neuen Konkurrenz wenigstens zu Wahlabsprachen veranlasst. So zog die DVU mit Unterstützung der NPD 1987 – allerdings nur mit einem Mandat – in die Bremische Bürgerschaft ein. Damit hatte seit 1968 erstmals wieder eine rechtsextreme Partei die Sperrklausel auf Landesebene überwunden. Die Republikaner unterlagen dem Bündnis aus DVU und NPD bei den Wahlen der Jahre 1987 und 1988, erzielten dann aber 1989 ihren Durchbruch. In Berlin erreichten sie 7,5 Prozent und 11 Mandate, bei der Europawahl 7,1 Prozent und sechs Mandate. Noch niemals in der Geschichte Westdeutschlands wurde von einer rechtsextremen Partei ein derartig gutes Ergebnis auf nationaler Ebene errungen. Die von der NPD unterstützte DVU brachte es nur auf 1,6%.

Auf dem Zenit ihrer Entwicklung und am Vorabend des Falls der Mauer brachen unter den Republikanern nun wieder heftige innerparteiliche Kämpfe aus und die kostenträchtige Niederlage der DVU bei der Europawahl schwächte das DVU/NPD-Bündnis erheblich. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien war übrigens in der NPD sehr umstritten und schief nach der Bundestagswahl 1990 (an der sich nicht die DVU, sondern die NPD beteiligte) ein. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl mobilisierten Republikaner und NPD zusammen ganze 2,4 Prozent, wobei das Ergebnis im Westen (2,6%) deutlich besser ausfiel als im Osten (1,6%).

1989/90 befand sich der westdeutsche Rechtsextremismus aber nicht nur in organisatorischer, sondern auch in ideologisch-programmatischer Hinsicht in einer prekären Lage. Der alte Nationalismus geriet mit der nationalen Einheit in eine schwere Identitätskrise. Er hatte keine Antwort auf die

Frage, was Nationalismus nach der Vereinigung beider deutscher Staaten noch bedeuten könnte. Die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete stellte jetzt nämlich eine absolut unrealistische, unpopuläre und zudem völkerrechtswidrige Forderung dar.

3. Frühe Institutionalisierungsversuche im Osten

1989/90 trafen beide Spielarten des Rechtsextremismus aufeinander – der organisierte des Westens und der subkulturelle des Ostens. Die westdeutschen Organisationen, insbesondere Neonazis, NPD und Republikaner, witterten im expandierenden Rechtsextremismus der zusammenbrechenden DDR ein neues Rekrutierungsfeld. Sie erklärten Ostdeutschland folglich zum bevorzugten Aufmarschgebiet. Dies lief de facto auf den Versuch hinaus, den ostdeutschen Rechtsextremismus zu institutionalisieren und ist – bislang jedenfalls – nur partiell geglückt.

Unmittelbar nach der Öffnung der Mauer bemühten sich Repräsentanten fast aller westdeutschen Organisationen, Anhänger und Mitglieder in der DDR zu gewinnen. Und sie warteten schon bald mit Erfolgsmeldungen auf, die offenbar auch Eingang in die Statistiken der Verfassungsschützer gefunden haben. 1992 wurden für Republikaner und DVU jeweils 3.000 Mitglieder und weitere 1.200 für die übrigen Organisationen gemeldet. Selbst wenn diese Angaben der Wahrheit entsprochen haben sollten, was bezweifelt werden muss, war der Organisationsgrad niedriger als im Westen. Wichtiger noch: Der Anteil der Aktiven war verschwindend gering.

Und auch bei Wahlen stießen die Parteien auf wenig Resonanz, von Landtagsmandaten waren sie weit entfernt. Die von dem Münchener Multimillionär Dr. Gerhard Frey geleitete DVU begann vergleichsweise spät mit dem Parteaufbau und nahm überhaupt erst 1998 an Wahlen in Ostdeutschland teil. Im Westen überwand die Frey-Partei 1991 in Bremen und 1992 in Schleswig-Holstein die Sperrklauseln und die Republikaner zogen in Baden-Württemberg 1992 und 1996 mit jeweils rund 10 Prozent in den Landtag ein. In Hamburg kamen die rechtsextremen Parteien 1993 und 1997 wenigstens gemeinsam über die Fünf-Prozent-Hürde, in Bayern erreichten die Republikaner 1990 4,9 Prozent und 1994 noch 3,9 Prozent. Vergleichbare Ergebnisse schienen für den Osten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre illusorisch. Warum?

Mit der Übertragung der westlichen Parteistrukturen auf den Osten war automatisch der Export der ideologisch-programmatischen Konflikte und der persönlichen Rivalitäten zwischen den Parteiführern verbunden. Die Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in Ostdeutschland besteht denn auch weithin in der Bewältigung von Problemen, die aus dem Westen eingeschleppt wurden. Den Richtungsstreit zwischen den Parteien sahen viele ostdeutsche Kameraden als Intrigenspiel westdeutscher Funktionäre an. Und auf die Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete waren die Ostdeutschen ebenso wenig scharf wie auf Vorträge über die „Auschwitz-Lüge“ oder über die Verantwortung der Briten für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In den neuen Bundesländern hatte man andere Sorgen.

Während sich die Wahlparteien der alten Rechten auf den latenten Rechtsextremismus im Osten, auf das intolerante Umfeld der gewaltbereiten Subkulturen konzentrierten, suchten die Neonazis direkten Kontakt zu Skins, Faschos, Hools etc. Weil zwischen beiden durchaus Anknüpfungspunkte bestanden, kam es Anfang der Neunziger Jahre zunächst auch in größerem Umfang zu Kooperationen. Die Neonazis aus dem Westen verfügten nämlich aus früherer Zeit über Erfahrungen im Umgang mit derartigen Subkulturen, hatten praktische Kenntnisse in der Durchführung von öffentlichen Aktionen, vor allem aber im Umgang mit Polizei und Verfassungsschutz und sie brachten eine Programmatik mit, die nicht nur nationalistisch, sondern eben auch sozial und scheinbar links ausgerichtet war und daher der Mentalität der jungen Leute aus den ostdeutschen Subkulturen eher entsprach als die Programme der altrechten Opas. So entwickelte sich eine symbiotische Beziehung (eine Beziehung zum gegenseitigen Nutzen), die es den westdeutschen Neonazis ermöglichte, das diffuse rechtsextreme Weltbild ihrer Kameraden im Osten neonazistisch zu formen, Kader zu bilden und organisatorische Strukturen zu errichten.

Wegen der tendenziell organisationsfeindlichen Mentalität in den Subkulturen konnten die Neonazis ihr Ziel jedoch nur teilweise erreichen. Aber es ist ihnen gelungen, schlagkräftige kleine Kadergruppen mit geschulten Aktivisten aufzubauen, die durchaus in der Lage waren, für einzelne Vorhaben eine größere Anhängerschaft in den Szenen zu mobilisieren. So war ein außerordentlich gefährlicher Kern von militanten Neonazis entstanden, der durchaus den Grundstock für einen neuen Rechtsterrorismus hätte abgeben können, wären sie nicht durch staatliche Repression zerschlagen worden. Seit 1992 wurden 17 Vereinigungen verboten. Damit

waren die Institutionalisierungsabsichten der westdeutschen Neonazis (vorerst) gescheitert.

4. Janusköpfigkeit des Rechtsextremismus im Osten

Diese Verbote hatten jedoch keine Auswirkungen auf das Szenen- und Cliqueswesen, das offenbar weiter expandierte. Dies dürfte auch für den latenten Rechtsextremismus in Ostdeutschland gelten. Da diesbezüglich keine exakten Zeitreihen-Daten vorliegen, ist Zurückhaltung bei der Formulierung von Tendenzaussagen angebracht. Fakt ist, dass der Ostanteil aller Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund in der Bundesrepublik zwischen 1992 und 1997 von 33 auf über 50 Prozent angewachsen ist. Und auch die absolute Zahl der im Osten erfassten militanten Rechtsextremisten ist in diesem Zeitraum kontinuierlich, wenn auch mäßig gestiegen (von 2.800 auf 3.155).

Wir wissen auch, dass rechtsextreme Einstellungen noch 1994 im Westen weiter verbreitet waren als im Osten. 1998 verfügten dann aber 17 Prozent der Ostdeutschen und 12 Prozent der Westdeutschen über rechtsextreme Einstellungen. Zwischen 1994 und 1998 hat sich beim Rechtsextremismus eine Gewichtsverlagerung von West nach Ost vollzogen, was sich auch beim Wahlverhalten zeigt. Bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 waren die Zweitstimmenanteile für rechtsextreme Parteien im Westen größer (2,6% : 1,6% bzw. 2,0% : 1,3%), 1998 dann aber im Osten (2,9% : 5,0%).

Die Ursache dürfte in dem dramatischen Stimmungswandel zu finden sein, der sich nach der Bundestagswahl 1994 in Ostdeutschland vollzogen hat. Unzufriedenheit, Zukunftspessimismus und Systemverdrossenheit sind in dieser Zeit stark angewachsen (vermutlich auch das rechtsextreme Einstellungspotenzial). Damit verbesserten sich die Erfolgsbedingungen für Rechtsaußen-Parteien. Zwei Entwicklungsstränge sind zu unterscheiden.

In dem Maß, wie die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die Neonazis griffen, begann eine Strategiedebatte unter dem Stichwort „Organisation durch Desorganisation“. Durch dezentrale Organisation in autonomen Kameradschaften wollte man den Strafverfolgungsbehörden möglichst wenig Angriffsflächen bieten. Mitte der Neunziger Jahre setzten aber auch – gegenläufige – Bestrebungen der NPD und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) ein, die Anhänger der verbo-

tenen neonazistischen Organisationen zu integrieren und eine Avantgarde-rolle im Bereich der Subkulturen zu übernehmen. Die NPD hat sich mittlerweile in programmatischer und strategischer Hinsicht zu einer überwiegend neonazistischen (genauer: national- und sozialrevolutionären) Partei entwickelt, die seit 1997 ihre Mitgliedschaft in Ostdeutschland vervielfachen konnte. Bei der Bundestagswahl 1998 mobilisierte sie im Osten immerhin knapp 70.000 Wähler, was prozentual zwar kaum ins Gewicht fiel, für eine gewaltbereite, systemoppositionelle Partei aber doch beachtlich war (und ein erhebliches Gefährdungspotenzial erkennen ließ). Einiges spricht dafür, dass die NPD ihre Wähler in erster Linie aus den jugendlichen Subkulturen bezog.

Der andere Entwicklungsstrang umfasst die altrechten Wahlparteien DVU und Republikaner. In organisatorischer Hinsicht haben sie von dem Stimmungsumschwung zunächst nicht profitiert. Beide mussten im Osten zwischen 1992 und 1997 kontinuierlich Mitgliederverluste hinnehmen, die Republikaner von 3.000 auf knapp 1.400, die DVU von 3.000 auf knapp 500 (die Angaben für 1992 dürften allerdings übertrieben sein). Ihre potenzielle Wählerschaft, der latente Rechtsextremismus, war jedoch sehr groß und auch die Bereitschaft, aus ökonomisch, sozial oder politisch motiviertem Protest eine rechtsextreme Partei zu wählen (um den Herrschenden die „braune Karte“ zu zeigen), hatte ein erhebliches Ausmaß angenommen.

DVU und REP, insbesondere aber die NPD, hatten zudem aus den Erfahrungen der Neonazis gelernt, dass sich die Ostdeutschen bei Wahlen nicht mit typischer Westprogrammatisierung mobilisieren lassen. So fanden allenthalben programmatische Revisionen statt, die die vermeintlichen oder tatsächlichen Interessen und Bedürfnisse im Osten in das Zentrum der Wahlkämpfe stellten. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt Ende April 1998 (die DVU erreichte 12,9% und 16 Mandate) wurde – freilich unter besonderen politischen Rahmenbedingungen – deutlich, dass in den neuen Ländern eine sehr große Bereitschaft besteht, rechtsextreme Parteien zu wählen. Dies wiederholte sich sechs Monate später bei der Bundestagswahl zwar nicht. Die drei Parteien der extremen Rechten brachten es aber gemeinsam auf immerhin 5,0 Prozent (in Brandenburg auf 5,1% und in Sachsen sogar auf 5,7%). Von dem Stimmungswandel in Ostdeutschland nach der Bundestagswahl 1994 profitierten in organisatorischer Hinsicht vor allem DVU und NPD, deren Mitgliederzahlen sich seit 1997/98 vervielfachten. Obwohl die Republikaner (anders als die DVU) fast bei allen Wahlen antraten, schmolz ihre Mitgliedschaft auch nach 1997 weiter ab.

Bemerkenswert für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist jedenfalls, dass sich seit Mitte der Neunziger Jahre die Bedeutung der Parteien vergrößert hat. Der Rechtsextremismus lässt sich hier nicht mehr nur als subkulturell, ideologisch gering fundiert, schwach organisiert und besonders aggressiv charakterisieren. Daneben vollzogen sich – hauptsächlich auf Initiative der Westparteien – Institutionalisierungsprozesse, die ihren Abschluss noch nicht gefunden haben dürften. Der genuine Ost-Rechtsextremismus lebt in den Subkulturen und in ihrem toleranten Umfeld fort, wobei die Ausbreitung der rechtsextremen Einstellungen allerdings stark durch die Probleme der inneren Einheit gefördert worden ist. Daneben existiert eine aus dem Westen importierte Parteienlandschaft, die sich – teilweise nur zögerlich – anschickt, dem Ost-West-Gegensatz in der Bundesrepublik Rechnung zu tragen.

Wie der altrömische Gott Janus auf Münzen mit einem Doppelantlitz abgebildet ist (der Gott des Torbogens schaut zugleich nach innen und außen), tritt uns der ostdeutsche Rechtsextremismus heute zugleich als Subkultur und in organisatorischer (vor allem parteiförmiger) Gestalt entgegen. Beide haben unterschiedliche Visionen (Motive, Ziele, Prinzipien), existieren aber nicht unabhängig voneinander. Dass beide Erscheinungsformen zusammenwachsen, ist unwahrscheinlich, dafür sind sie zu unterschiedlich. Sollten beide bei Wahlen allerdings an einem Strang ziehen, dürften Erfolge nicht ausbleiben.

E. Perspektiven des Rechtsextremismus

Zusammenfassend lässt sich die gegenwärtige Situation des Rechtsextremismus wie folgt charakterisieren: Bei unverändert hohem Einstellungspotenzial stagniert die institutionelle Seite des Rechtsextremismus, während seine subkulturelle Seite quicklebendig ist und die Gewalt wächst.

Die Republikaner befinden sich weiterhin auf einem absteigenden Ast. Dafür sorgen parteiinterne Auseinandersetzungen sowie die konzeptionelle und die Führungsschwäche des Bundesvorsitzenden Schlierer. Auch die Geschäfte des DVU-Vorsitzenden Frey florieren nicht mehr. Seine Partei ist mittlerweile auch bei unpolitischen Protestwählern als Mogelpackung entlarvt, die weder willens noch in der Lage ist, den Etablierten einzuhei-

zen. Dabei verfügt gerade Frey über die notwendigen finanziellen, medialen und organisatorischen Ressourcen, um die Existenz einer rechtsextremen Partei zu gewährleisten. Das würde allerdings voraussetzen, dass er innerparteiliche Willensbildung und Basisarbeit zulässt und damit auch seine Allmacht zur Disposition stellt. Immerhin böte sich ihm dadurch die Chance, die kollabierende Konkurrenz zu beerben. Die NPD dürfte noch eine geraume Weile damit beschäftigt sein, die negativen Begleiterscheinungen des Kurswechsels von 1996/97 (Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht) zu verdauen. Zwar ist es Voigt gelungen, den maroden Kahn wieder flott zu machen. Den steuert er nun aber geradewegs gegen die Kaimauer, während sich seine Mannschaft an Bord heftige Grabenkämpfe liefert.

Auch die rechtsextremen Vorfeldorganisationen dümpeln vor sich hin. Vor allem die „Intellektualisierung“ des Rechtsextremismus durch Vordenker der „neuen Rechten“ ist gescheitert. Im Zeitalter der Globalisierung taugt der Nationalismus nicht mehr als Kernstück der rechtsextremen Ideologie. Aussichtsreich wären allenfalls „europa-nationalistische“ Konzepte. Bei deren Entfaltung steht sich der nationalbornierte Rechtsextremismus freilich selbst im Weg.

Die Neonazis sind durch die Vereinsverbote stark geschwächt worden. Die Strategie der freien bzw. unabhängigen Kameradschaften ist nur teilweise aufgegangen. Ihre Hoffnung, sie könnten im Windschatten der durch das Parteienprivileg geschützten NPD segeln, hat sich – wegen der andauernden staatlichen Repression und des Widerstands von Teilen der NPD – nicht erfüllt.

Dies alles lässt die vor allem in Ostdeutschland beheimateten rechtsextremen Subkulturen unberührt. Die Milieus neigen kaum zu organisierten Strukturen, geschweige denn zu zielgerichtetem politischem Verhalten, und lassen sich daher auch schwerlich allein durch staatliche Repression eindämmen. Ohne das diesen Subkulturen innewohnende enorme Gewaltpotenzial zu verharmlosen, muss festgehalten werden, dass es sich dabei primär um ein Protestphänomen handelt. Selbst wenn sich, wie beispielsweise bei Skinheads, Institutionalisierungstendenzen bemerkbar machen (die dann dem Verbotsrisiko ausgesetzt sind), besteht kaum die Gefahr, dass sich die Subkulturen parteiförmig organisieren oder in bestehende Parteien integrieren.

Die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus sind widersprüchlich. Nach wie vor

- befindet sich Deutschland in einer Phase des tiefgreifenden sozioökonomischen Umbruchs (auf Ostdeutschland lasten zusätzlich zum sozialen und technologischen Wandel und zur Globalisierung immer noch die Folgen des Systemwechsels);
- sind, insbesondere in den neuen Bundesländern, Unzufriedenheit, Zukunftspessimismus und Systemverdrossenheit weit verbreitet;
- besteht in der Bundesrepublik, im Osten noch mehr als im Westen, ein großes rechtsextrems Einstellungspotenzial;
- signalisieren die Umfragen eine hohe Wahlbereitschaft zugunsten rechtsextremer Parteien (in West und Ost bis zu knapp 10%).

Allerdings haben sich die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik 1998 verändert: Die konservative Volkspartei befindet sich seither in der Opposition und dürfte, wenn sie ihre neue Rolle konsequent ausfüllt (wie etwa bei der Europawahl 1999), die Entwicklungschancen des parteiförmigen Rechtsextremismus erheblich mindern.

Die internen Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus sind nach wie vor miserabel:

- Trotz anhaltender Einigungsbemühungen ist das Lager ideologisch, programmatisch und organisatorisch zersplittert. Im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik besteht keine Nachfrage für drei verschiedene rechtsextrems Parteien.
- Es ist dem deutschen Rechtsextremismus bislang kaum gelungen, respektable und populäre Politiker hervorzubringen. Daher waren bei der extremen Rechten starke Persönlichkeiten aus dem konservativen Lager (Strauß, Dregger, Lummer etc.) allemal beliebter als die eigenen Anführer. Eine Zeit lang schien es so, als könnte Schönhuber diese Rolle einnehmen. Aber dann erwies er sich doch als schwach und untalentierte. Frey gilt bestenfalls als Stammtischrhetoriker. Den Rechtsextremismus zu einigen, traut ihm kaum jemand zu.
- Bezüglich der Programmarbeit ist der Rechtsextremismus in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ein gutes Stück vorangekommen. Er konzentrierte sich mittlerweile auf die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Menschen und bietet dafür neorassistische Lösungen an. Die (bescheidenen) Erfolge in Ostdeutschland wären ohne diese „Modernisierung“ der programmatischen Aussagen wohl kaum möglich gewesen. So geschickt die Kombination von sozialer und nationaler Frage auch ist, Kompetenz wird den rechtsextrems Parteien allenfalls für die Lösung des Ausländer- und Asylproblems zugeschrieben, keinesfalls aber für wirtschaftliche und soziale Fragen.

- Erfolgshemmend wirken sich auch die hohe Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Lager und die große Zahl von Straftaten aus. Denn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Selbst wenn Anschläge gar nicht auf das Konto des organisierten Rechtsextremismus gehen, wird er dafür mitverantwortlich gemacht – mit Recht. Auch wenn sich die Parteien zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, befördern sie – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – mit ihren aggressiven Parolen Gewalt. Daher befürchten viele potenzielle Rechtsaußen-Wähler, mit ihrer Wahlentscheidung Gewalt zu säen.
- Über mangelnde Publizität in den Massenmedien kann sich der Rechtsextremismus nicht beklagen. Fast ausnahmslos erscheint er jedoch als passiver Akteur in den Meldungen. Dass rechtsextreme Parteien mit eigenen Initiativen, Vorschlägen oder Aktivitäten an die Öffentlichkeit treten, kommt nur sehr selten vor. Selbst dort, wo Parteien über eine parlamentarische Repräsentanz verfügen, fallen ihre Abgeordneten zumeist durch Abwesenheit, Faulheit oder Skandale auf. Die offenbar weithin eifrige Arbeit der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg dürfte eine Ausnahme darstellen.

Eine Prognose für die Zukunft ist nicht möglich, weil der Rechtsextremismus durch das seit langem bekannte Dilemma von guten externen Erfolgchancen und interner Unzulänglichkeit gekennzeichnet ist. Wenn auch gegenwärtig die Aussichten im Osten besser erscheinen als im Westen, so lässt er sich doch weder als ein Ost- noch als ein Westphänomen qualifizieren. Wir haben es vielmehr mit einem gesamtdeutschen Rechtsextremismus zu tun, der sich allerdings in West und Ost unterschiedlich darstellt.

Weiterführende Literatur:

Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. überarbeitete Auflage, Bonn 2000; *Ders.*: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. West-Ost-Unterschiede und Institutionentransfer seit der deutschen Einheit, in: Deutschland-Archiv 33 (2000), H. 2, S. 181-193.

Forum Politicum Jenense

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT

(Bezug gegen Einsendung der Herstellungskosten + Porto)

Beitrag Nr. 1:

Klaus Dicke: Der Krieg als Lehrmeister des Friedens?, Jena 1996

Beitrag Nr. 2:

Ingo Kolboom: Die Ära Mitterrand 1981 – 1995. Versuch einer Bilanz, Jena 1997

Beitrag Nr. 3:

Jörg Monar: Der Vertrag von Amsterdam. Grenzen und Risiken des intergouvernementalen Verfassungsgebungsprozesses der Europäischen Union, Jena 1998

Beitrag Nr. 4:

Hans Maier: Europa und die Kirchen

Werner Leich: Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Hintergründe, Fakten, Erkenntnisse, Jena 1998

Beitrag Nr. 5:

Helmut Hubel: Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA, Jena 1998

Beitrag Nr. 6:

Karl Schmitt (Hrsg.): Kirchen und Politik in und nach der friedlichen Revolution, Jena 1999

Beitrag Nr. 7:

Helmut Hubel (Hrsg.): Quo vadis, Amerika? Beiträge zur Innen- und Außenpolitik der USA, Jena 1999

Beitrag Nr. 8:

Torsten Oppelland: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Jena 2000

Beitrag Nr. 9:

Michael Mertes: Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht, Jena 2001

Beitrag Nr. 10:

Richard Stöss: Rechtsextremismus. Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven, Jena 2001